

KVJS-Forschungsvorhaben „Regionale Arbeitsmarktforschung und –planung zur Integration von Menschen mit wesentlicher Behinderung“

(Beschreibung des Forschungsvorhabens ausführlich und in Kurzfassung unter Homepage <http://www.kvjs.de/forschung/regionale-arbeitsmarktforschung.html>)

Kurzfassung des Zwischenberichtes

1 Einführung

Mit dem vom KVJS ausgeschriebenen Forschungsprojekt „Regionale Arbeitsmarktforschung und -planung zur Integration von Menschen mit wesentlicher Behinderung“ wird der Blick insbesondere auf jene Personen gelegt, die aufgrund ihrer Behinderung und Leistungsfähigkeit zwischen den „Sphären“ Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) und allgemeiner Arbeitsmarkt anzusiedeln sind.

Das Land Baden-Württemberg beziehungsweise der KVJS haben bereits mehrere Förderprogramme initiiert, um die Integration von Menschen mit wesentlicher Behinderung in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen (z. B. Aktion 1000plus, Kooperative Berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt - KoBV). Allein im Rahmen der Aktion 1000plus konnten zahlreiche Übergänge aus Schulen für Menschen mit geistiger Behinderung und aus WfbM erzielt werden. Dennoch steigen die Ausgaben der Eingliederungshilfe seit Jahren stetig an.

Nicht nur vor dem Hintergrund steigender Kosten, sondern auch im Hinblick auf die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die die berufliche Teilhabe in inklusiven Arbeitswelten in den Fokus rückt, ist es daher ein zentrales Ziel, den Übergang von Menschen mit Behinderungen aus der Schule oder der WfbM auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erhöhen.

Die zentrale Aufgabenstellung des Forschungsprojekts besteht daher darin, auf der Basis einer vergleichenden Regionalforschung fördernde und hemmende Faktoren zu ermitteln, die einen Übergang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt beeinflussen, und geeignete Empfehlungen für die Fachpraxis abzuleiten.

Die vorliegende Kurzfassung enthält die wichtigsten Aussagen des Zwischenberichts, der die Projektarbeiten bis Oktober 2012 dokumentiert.

2 Struktur- und Arbeitsmarktdaten Baden-Württemberg

Woran liegt es, dass es in verschiedenen Regionen mit unterschiedlichem Erfolg gelingt, Menschen mit Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren? Dies ist die Ausgangsfrage des regionalstatistischen Ansatzes dieser Studie. Die Vermutung liegt nahe, dass die regionalen Verhältnisse und Rahmenbedingungen die Bemühungen zur Integration von Menschen mit Behinderungen erleichtern oder erschweren können. In einer wirtschaftlich hoch dynamischen Region mit großem Angebot an offenen Stellen im allgemeinen Arbeitsmarkt beispielsweise sollte die Vermittlung einfacher vonstattengehen als in einer wirtschaftlichen Problemregion mit hoher Arbeitslosigkeit.

Um zu ermitteln, welche Eigenschaften der 44 Kreise und kreisfreien Städte Baden-Württembergs einen Einfluss auf den Vermittlungserfolg von Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt haben, wurden die wichtigsten aus rund 500 Indikatoren zu den Themenbereichen Bevölkerung und Sozialstruktur, Wirtschaft und Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Einkommen und Verdienst, Wohnen, Bildung, Soziale und medizinische Versorgung, Verkehr und Erreichbarkeit, Flächennutzung und Umwelt sowie Finanzen und öffentliche Haushalte statistisch überprüft.

Neben den allgemeinen Faktoren zur Beschreibung der Wirtschafts- und Sozialstruktur gibt es weitere Aspekte mit spezifischer Relevanz in Bezug auf Menschen mit Behinderungen. Hierzu gehören in erster Linie die Informationen zum Umsetzungsgrad von Förderprogrammen und speziellen Förderstrukturen in den 44 kreisfreien Städten und Landkreisen.

Mit Hilfe statistischer Methoden (z. B. Mittelwertvergleich, Regressionsanalyse) kann festgestellt werden, ob bestimmte strukturelle Eigenschaften signifikant, das heißt nicht zufällig, in Regionen auftreten, in denen ein besonders hoher Vermittlungserfolg erzielt werden konnte. Die so ermittelte Koinzidenz von Vermittlungserfolg und strukturellen Eigenschaften ist zwar kein Beweis für einen kausalen Zusammenhang, kann aber trotzdem dazu beitragen, regional unterschiedliche Vermittlungserfolge besser zu verstehen.

Als wesentliche Erkenntnisse der regionalstatistischen Analyse lassen sich festhalten:

1. Variablen von regionalen Strukturen mit spezifischem Bezug zu Menschen mit Behinderungen haben ein höheres Erklärungspotenzial im Hinblick auf den Vermittlungserfolg als allgemeine strukturelle Aspekte.
2. Insbesondere die Umsetzung von KoBV und ergänzendem Lohnkostenzuschuss (eLKZ) zeigen einen deutlichen Zusammenhang zur Vermittlungsquote.
3. Von den allgemeinen Strukturvariablen lässt sich nur bei der allgemeinen Beschäftigungsentwicklung ein signifikanter statistischer Zusammenhang zum Vermittlungserfolg feststellen.
4. Mit Hilfe der drei Variablen Umsetzung von KoBV, Umsetzung von eLKZ und allgemeine Beschäftigungsentwicklung lassen sich 37% der Varianz der Variable Vermittlungserfolg erklären, fast zwei Drittel der Varianz sind demnach durch Unterschiede der Regionen hinsichtlich *anderer* Faktoren begründet.
5. Es gibt kreisfreie Städte und Landkreise, in denen trotz umgesetztem KoBV und eLKZ keine überdurchschnittliche Vermittlungsquote erreicht wurde. Es ist zu vermuten, dass die Art und Weise der Ausgestaltung dieser beiden und der anderen Förderinstrumente erhebliches Potenzial hat, den Vermittlungserfolg präziser zu erklären. Hierzu ist jedoch eine deutlich differenziertere Analyse des Einsatzes der Förderinstrumente notwendig.

6. Die gezeigten statistischen Zusammenhänge geben zwar Hinweise auf wichtige Einflussfaktoren auf die Vermittlung von Menschen mit Behinderung, sie bleiben jedoch eine inhaltliche Erklärung des Wie und Warum ihrer Wirkung schuldig.

Der Bodenseekreis und der Landkreis Karlsruhe sind Beispiele für Kreise, in denen alle drei fördernden Rahmenbedingungen vorlagen und eine sehr hohe Vermittlungsquote erreicht wurde. Den höchsten Vermittlungserfolg erzielte der Kreis Biberach, in dem die allgemeine Beschäftigungsentwicklung sehr positiv war und KoBV umgesetzt wurde. Der ergänzende Lohnkostenzuschuss eLKZ wurde im Kreis Biberach individuell umgesetzt. Im Kreis Sigmaringen konnten mit eLKZ und guten allgemeinen Beschäftigungszahlen, jedoch ohne KoBV hohe Vermittlungszahlen registriert werden. Die Kreise Enzkreis und Pforzheim sind Beispiele für Räume, in denen vermutlich dank der Instrumente KoBV beziehungsweise eLKZ hohe Vermittlungsraten trotz weniger günstiger Beschäftigungsentwicklung erreicht wurden. In Rastatt und Böblingen fiel der Vermittlungserfolg niedrig aus, obwohl sowohl KoBV als auch eLKZ umgesetzt wurden. In Böblingen könnte die allgemein ungünstige Entwicklung der Beschäftigung hierfür als Teilerklärung dienen. Die Beispiele Schwarzwald-Baar-Kreis und Neckar-Odenwald-Kreis zeigen schließlich, dass vereinzelt ein guter Vermittlungserfolg auch trotz unterdurchschnittlicher Beschäftigungsdynamik und ohne die Förderprogramme KoBV und eLKZ möglich waren.

3 Auswahl geeigneter Kreise für die Feldforschung

3.1 Vorüberlegungen

Das Forschungsprojekt verfolgt das Ziel, fördernde und hemmende Faktoren der Beschäftigung von Menschen mit wesentlicher Behinderung im Kontext regionaler Arbeitsmärkte aufzuzeigen. Dies setzt voraus, fördernde und hemmende Faktoren der Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt sowohl auf der Ebene von Strukturen (Einrichtungen etc.) als auch auf Ebene von Individuen (handelnde Personen, Menschen mit Behinderung, Angehörige etc.) zu identifizieren und darauf aufbauend Handlungsoptionen zur Förderung einer nachhaltigen Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt abzuleiten.

Im vorherigen Kapitel konnte aufgezeigt werden, dass statistische Analysen lediglich etwaige Zusammenhänge aufzeigen können. Diese Analyse trägt jedoch kaum zu einer vertieften Wissensbasis bei. Wesentlicher Kritikpunkt ist, dass die statistischen Analysen keine *Erklärung* der unterstellten Zusammenhänge ermöglichen. Ziel des Forschungsprojektes ist es jedoch, zu *verstehen*:

- Welche Aspekte haben einen Einfluss auf die Integration?
- Warum haben diese Aspekte einen Einfluss?
- In welcher Art und Weise wirken sie?
- Wie könnten fördernde Aspekte gestärkt werden?
- Wie könnten hemmende Faktoren abgebaut werden?
- Welcher Maßnahmen bedarf es, um insgesamt die Integration auf regionaler Ebene zu fördern?

Dem Forschungsprojekt muss es daher gelingen, Antworten auf diese Fragen zu finden und Zusammenhänge zu erklären. Dazu müssen diese Zusammenhänge identifiziert und verstanden werden. Das Projekt hat daher die in der Eingliederungshilfe tätigen Akteure als „Experten in eigener Sache“ befragt. Sie kennen das Forschungsfeld, sie haben eine Ein-

schätzung dazu, welche Faktoren einen Übergang unterstützen und welche Faktoren einen Übergang tendenziell hemmen. Dabei kann die Wirkung einzelner fördernder oder hemmender Faktoren durch unterschiedliche Akteure durchaus differenziert beurteilt werden. Wenn das Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren erfasst werden soll und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen dazu beitragen sollen, mögliches Potenzial zur Integration noch besser auszuschöpfen, dann muss die Sicht der Akteure zum Ausgangspunkt der Untersuchung gemacht werden. In diesem Kontext ist maßgeblich zu betonen, dass insbesondere auch die Sicht von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen ist.

Diese Art von Forschung geht mit einem hohen zeitlichen und personellen Aufwand einher. Daher ist eine Vollerhebung in allen 44 kreisfreien Städten und Kreisen des Landes nicht möglich ist. Ziel war daher eine Beschränkung auf eine geeignete Teilmenge, die einen möglichst großen Kontrast abbildet. Im Folgenden wird erläutert, wie diese Auswahl zu Stande kam.

3.2 Typisierung und Auswahl der Stadt- und Landkreise

Aus den Ergebnissen der regionalstatistischen Analyse (siehe Abschnitt 1) ließen sich Struktur- und Arbeitsmarktindikatoren identifizieren, die (zumindest teilweise) Vermittlungserfolge erklären können. Sie werden daher bei der Auswahl der Untersuchungskreise berücksichtigt:

- Allgemeine Beschäftigungsentwicklung
- Existenz von KoBV
- Existenz von eLKZ
- Existenz einer Berufsvorbereitenden Einrichtung (BVE)

Zusätzlich wird die Unterscheidung nach eher urbaner oder ländlicher Prägung als Kriterium berücksichtigt. Damit ergeben sich fünf Kriterien. Als sechstes Kriterium wird die Vermittlungsquote hinzugezogen, die in der sogenannten „ewigen Liste“ des KVJS abgebildet ist.

Im Sinne einer Kontrastierung konnten folgende unterschiedlichen „Typen“ identifiziert werden.

- Stadt, urban geprägt; vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit + hohe Arbeitsplatzdichte; aber dennoch hohe Anzahl an Vermittlungen; Modellstandort KoBV; BVE umgesetzt. *Ergebnisse:* Karlsruhe (1.); Stuttgart (2.)
- Stadt, weniger urban geprägt; vergleichsweise geringe Arbeitslosenquote (innerhalb der Gruppe der Städte); tendenziell wenige Vermittlungen; kein Modellstandort KoBV. *Ergebnis:* Ulm
- Landkreis; vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit; tendenziell wenige Vermittlungen; kein Modellstandort KoBV; (noch) kein BVE. *Ergebnisse:* Emmendingen (1.); Breisgau-Hochschwarzwald (2.)
- Landkreis; vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit; tendenziell wenige Vermittlungen; (noch) kein BVE; jedoch: Modellstandort KoBV. *Ergebnis:* Rastatt (1.); Waldshut (2.)
- Landkreis; vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit; hohe Anzahl an Vermittlungen; kein Modellstandort KoBV. *Ergebnisse:* Ravensburg (1.); Enzkreis (2.); Hohenlohekreis (3.); Main-Tauber-Kreis (3.); Schwäbisch-Hall (4.)
- Landkreis; vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit; hohe Anzahl an Vermittlungen; jedoch: Modellstandort KoBV. *Ergebnis:* Bodenseekreis

- Landkreis; vergleichsweise mittlere Arbeitslosigkeit; mittlere Quote bzgl. Vermittlungen; kein Modellstandort KoBV; (noch) kein BVE. *Ergebnisse*: Tuttlingen; Esslingen; Calw; Freudenstadt

Im weiteren Verlauf wurden diese Ergebnisse nach ihrer Aussagekraft im Kontext des Projektes weiter untersucht und Kombinationen aus den Typgruppen gebildet. Unter der Rahmenbedingung, eine gleichmäßige Berücksichtigung der vier Regierungsbezirke zu erreichen, fallen einige Kombinationsmöglichkeiten heraus. Zusammenfassend schlug das Forschungsteam daher folgende Teilnehmer vor (vier gleichberechtigte Kombinationen):

Tabelle 1: Präferierte Teilnehmerkonstellationen (ohne Prioritätenreihenfolge)

RB Stuttgart	RB Karlsruhe	RB Freiburg	RB Tübingen
Esslingen	Karlsruhe (Stadt)	Emmendingen	Bodenseekreis
Esslingen	Karlsruhe (Stadt)	Breisgau-Hochschwarzwald	Bodenseekreis
Esslingen	Karlsruhe (Stadt)	Emmendingen	Ravensburg
Esslingen	Karlsruhe (Stadt)	Breisgau-Hochschwarzwald	Ravensburg

Die abschließende Auswahl der Teilnehmer berücksichtigte die Einbindung einiger der Stadt- und Landkreise in andere Projektaktivitäten des KVJS und die geeignete Abdeckung der Ausprägung des eLKZ im Teilnehmerkreis.

Die Wahl fiel auf Esslingen (mit individueller Ausgestaltung des eLKZ), Karlsruhe Stadt (mit Umsetzung im Kontext Aktion 1000plus), Breisgau-Hochschwarzwald (mit individueller Ausgestaltung des eLKZ) und den Bodenseekreis (mit Umsetzung im Kontext Aktion 1000plus).

4 Untersuchungen „im Feld“

Aufbauend auf den statistischen Analysen und der Auswahl geeigneter Untersuchungsregionen, war es das Ziel dieser Projektphase, ein möglichst umfassendes Bild auf das Themenfeld „Integration von Menschen mit wesentlicher Behinderungen in den allgemeinen Arbeitsmarkt“ zu erhalten. Hinsichtlich der Konzeption und Durchführung der Studie waren folgende Fragen zu klären:

- Welche Akteure werden in den Untersuchungsregionen befragt?
- Wie wird der Kontakt der Forscher zu den Akteuren hergestellt?
- Mit Hilfe welcher Methodik werden die Akteure befragt?
- Wie werden die Befragungen ausgewertet? Wie werden die Ergebnisse aufbereitet?
- Wie können die gewonnen Erkenntnisse einer Validierung unterzogen werden?

Es wurden jene Akteure identifiziert, die an den zwei für die Untersuchung wesentlichen Schwellen, nämlich beim Übergang Schule – Arbeitsmarkt sowie beim Übergang WfbM – Arbeitsmarkt, maßgebliche Aufgaben übernehmen und mit ihrem Handeln somit direkt oder indirekt Einfluss auf den „Vermittlungserfolg“ ausüben. Um Wirkmechanismen im Übergangsprozess ganzheitlich zu erfassen, ist deren individuelle Sicht essentiell. Es handelt sich um folgende Akteure:

- Schulen als vorbereitende Einrichtungen und „abgebende“ Institution
- WfbM (konkret: Personal an der Schnittstelle „Übergang“) sowohl als aufnehmende Institution nach der Schule oder für "Quereinsteiger"; ebenso aber auch als vorbereitende beziehungsweise „abgebende“ Institution
- Integrationsbetriebe: ebenfalls in einer Doppelfunktion als aufnehmende und „abgebende“ Institution
- Leistungsträger (Agenturen für Arbeit, örtlicher Träger der Sozialhilfe) als „Entscheider“ sowie als „Gestalter“ des Fallmanagements
- Integrationsfachdienste (IFD) als maßgebliche „Begleiter“ im gesamten Übergangsprozess und Schnittstelle zu den oben benannten Akteuren
- Unternehmen als maßgeblicher Arbeitsmarktakteur und somit aufnehmende Institution
- Menschen mit Behinderung als betrachtete Zielgruppe
- Angehörige/gesetzliche Betreuer von Menschen mit Behinderung in der Funktion als Unterstützer beziehungsweise soziales Umfeld der betrachteten Zielgruppe

Im Vorfeld der Forschungsaufenthalte im Feld wurden die Befragungsinstrumente sorgfältig ausgearbeitet. Bei den zu befragenden Institutionen WfbM, Leistungsträger, IFD, Unternehmen sowie Integrationsbetriebe wurde ein Expertengespräch geführt, Menschen mit Behinderungen und Angehörige wurden in Einzelgesprächen oder Gruppendiskussionen befragt.

5 Ergebnisse der Untersuchungen „im Feld“

Nachdem die Gespräche mit den oben benannten Akteuren in den vier ausgewählten Regionen geführt waren, wurden diese systematisch im Hinblick auf fördernde und hemmende Faktoren des Übergangs an den beiden Schwellen Schule – allgemeiner Arbeitsmarkt und WfbM – allgemeiner Arbeitsmarkt ausgewertet. Dabei war die Frage relevant, ob die identifizierten fördernden oder hemmenden Faktoren spezifischen Akteuren (z. B. Schulen, WfbM) oder spezifischen Förderansätzen / Strukturen / Angeboten (z. B. BVE, KoBV) zuzuordnen sind. Darüber hinaus wurden Faktoren identifiziert, die akteursübergreifend einzuordnen sind. In einem letzten Schritt wurde der Frage nachgegangen: Welche Wirkung entfaltet die jeweilige fördernde/hemmende Variable auf individueller, organisationaler und übergeordneter Ebene aus Sicht der Befragten?

Folgende fördernde beziehungsweise hemmende Faktoren konnten **individuellen Charakteristika von Akteuren** zugeordnet werden:

Menschen mit wesentlichen Behinderungen und deren Angehörige

Individuelle Reife der Schüler; Schlüsselkompetenzen; Fähigkeit zur Artikulation von Veränderungswünschen; Motivation der Beschäftigten in WfbM; Motivation zur Vermittlung; Dauer der WfbM-Zugehörigkeit; Rentenansprüche; Eingeschränkte Mobilität; Wirkung des Menschen mit wesentlicher Behinderung auf das Unternehmen; Unterstützung durch Angehörige und soziales Umfeld; Engagement der Angehörigen; Ängste der Angehörigen; Präferenzen der Eltern (Absicherung versus Inklusion)

Schulen

Engagement der Lehrkräfte

Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM)

Haltung der Geschäftsführung zum Thema Übergang

Unternehmen und Verwaltungen

Persönliches Engagement der Arbeitgeber; Aufmerksames Umfeld (Kollegen, Vorgesetzte)

Integrationsfachdienst

Motivation der Mitarbeiter

Weitere Faktoren konnten bestimmten **Förderansätzen, Strukturen oder Angeboten** zugeordnet werden – sie bilden die Hauptgruppe der Anreize und Hemmnisse.

Berufswegekonferenz (BWK)

Existenz / Konzept der BWK; Häufigkeit der BWK je Schüler; Orientierung der Förderschulen in Richtung BVE und KoBV; Einschränkung der Zielgruppe der BWK; Entscheidungskompetenz der beteiligten Akteure; Synchronisierung mit anderen Planungen der Kostenträger (z. B. Ausschreibung von Maßnahmen)

Berufsvorbereitende Einrichtung (BVE)

Existenz der BVE; Konzeption der BVE; Inhaltliche Vielfalt; Unterstützung durch Schulbehörden; Bürokratische Hürden beim Aufbau der BVE; Ansiedlung an Regelschulen; Fehlender Jobcoach in der BVE; Erfahrung und Qualifikation der BVE-Lehrer; Hierarchische Gliederung des Schulsystems; Doppelbelastung der Lehrer; Stundendeputat und Stellenausstattung

Berufsschulstufe

Schule als Träger von BVE / KoBV; Zeitbudget der Lehrkräfte; Praktika auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt; Praktika in WfbM; Ausgewogenheit der Praktika (allgemeiner Arbeitsmarkt und WfbM); Kooperation mit dem IFD; Information der Förderschulen

Kooperative Berufliche Bildung und Vorbereitung auf den allgemeinen Arbeitsmarkt (KoBV)

Existenz KoBV; Zugang zu Unternehmen; Konzeption KoBV: strukturelle und inhaltliche Vorgaben; Vernetzung BVE – KoBV; Regionale beziehungsweise landesweite Netzwerke BVE / KoBV; Informationsflüsse: Schule – Jobcoach / IFD – Unternehmen – Schüler – Angehörige; Zugang zu Informationen über BVE / KoBV; Rollenverteilung Jobcoach – IFD; Kommunikation mit Angehörigen; Dauer KoBV; Schulung Schlüsselkompetenzen; Ausschreibung von Maßnahmen; Kompetenzanalyse

Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM)

Vernetzung mit Sonderschulen G; Vernetzung mit Unternehmen; Übergang auf Außenarbeitsplätze; Strikte Verknüpfung Arbeitsplatz WfbM mit Wohnheimplatz des Trägers; Transparenz der Ziele aller beteiligten Akteure im Eingangsverfahren; Durchführung von Praktika für Teilnehmer des Berufsbildungsbereichs; Ambulanter Berufsbildungsbereich; Durchführung von Praktika für Teilnehmer des Arbeitsbereichs; Existenz von Außenarbeitsplätzen; Existenz von Außenarbeitsgruppen; Existenz von Übergangsguppen; Förderung von Schlüsselkompetenzen; Steigende Unterstützungsbedarfe bei Neuzugängen; Identifikation geeigneter Personen für den Übergang; Bürokratische Komplexität; Existenz eines internen Jobcoaches; Vorliegen einer Konzeption für das interne Jobcoaching; Existenz eines KoBV Jobcoaches; Begleitung durch den KoBV Jobcoach auf dem Außenarbeitsplatz; Dauer KoBV; Existenz eines Jobcoaches auf Projektbasis

Integrationsprojekte / -unternehmen

Anschubfinanzierung; Finanzielle Unterstützung; Unterstützung bei der Personalentwicklung; Ausrichtung / Leitbild; Konzentration auf Arbeit; Ehrenamtliche Helfer; Integrationsprojekte / -unternehmen als Kompetenzzentrum für Ausbildung; Ausschreibungsverfahren als Bildungsträger; Orientierung an IHK-Ausbildung; Individuelle Förderung; Anbieten von Praktika im Integrationsunternehmen; Rentenansprüche aus der Zeit im Arbeitsbereich der WfbM; Differenzierte Einsatzbereiche / Tätigkeitsfelder; Flexible Zeitmodelle; Teilzeit; Geschützter Raum; Fortbildung und Supervision von Fachpersonal; Gezielte Beschreibung der Anforderungen; Motivation durch Anerkennung; Einfacher Zugang; Quotenregelungen zu Aufnahmen; Gehalt / Stundenlohn; Sozialer (zweiter) Arbeitsmarkt; Vermittlung in Unternehmen; Versorgungsgrad mit Integrationsprojekten / -unternehmen

Unternehmen und Verwaltungen

Vorbereitung des Betriebs; Kosten-Nutzen-Abwägung; Image des Betriebs; Unterstützung durch den IFD; Vorgesetzter als Ansprechpartner; Intensität der Betreuung bei Praktikum; Weisungsbefugnis und Aufgabenfülle; Gehalt; Einsatzmöglichkeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt; Leistungsdruck; Supervision für Fachkräfte und Anleiter; Förderung der Selbstständigkeit; Eingliederungszuschuss EGZ (BA); Ergänzende Lohnkostenzuschüsse eLKZ des Trägers der Sozialhilfe; Aufstockung InA; Integrationspauschale InA; Kündigungsschutz

Integrationsfachdienst (IFD)

Akquise von Praktika; Qualifikation der Mitarbeiter; Personelle Kontinuität; Arbeitsbelastung der Mitarbeiter; Bürokratische Komplexität / Inkonsistenzen; Unklare Zuständigkeit in der

Außensicht; Gute Zusammenarbeit mit dem KVJS; Personalressourcen; Beratung zu Lebenspraxis / Unterstützung über den Arbeitsbereich hinausgehend; Intensive Begleitung der Arbeitgeber; Information der Arbeitgeber; Persönliche Kontakte mit Schulen; Kontaktintensität; Regelmäßiger Austausch auf übergeordneter Ebene (z. B. Kreis); Informationsfluss IFD – Schule; Gemeinsame Aktivitäten IFD – Schule; Direkte Unterstützungsangebote durch IFD; Einheitliche Instrumente zur Kompetenzmessung und einheitliche Anwendung; Allgemeine Kontakte zu Unternehmen; Spezifische Kontakte zu Unternehmen; Qualität der Zusammenarbeit mit dem örtlichen Träger der Sozialhilfe; Qualität der Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit; Fragmentierte Zuständigkeiten bzgl. der Zuschüsse; Regelung der Zusammenarbeit mit WfbM; Qualität der Zusammenarbeit mit WfbM

Agentur für Arbeit / REZ / Jobcenter

Flexibilität bzgl. Maßnahmebewilligung; Qualifikation des Personals in der Reha-Beratung; Frühzeitigkeit der Berufsinformation; Durchführung von Praktika im Berufsbildungsbereich; Verbindlichkeit der Gutachten für andere Kostenträger; Ausschreibungssystematik der Regionalen Einkaufszentren; Förderung von Ausbildung; Transparente Festlegung der Förderhöhe und –dauer; Fehlender zweiter Arbeitsmarkt; Umfang des Eingliederungszuschusses; Information der Arbeitgeber über Ausbildungsgänge; Vorteilsübersetzung für Arbeitgeber; Arbeitsvermittlung von langzeitarbeitslosen Menschen mit Behinderung

Rentenversicherung

Feststellung "wesentliche Behinderung"

Örtlicher Träger der Sozialhilfe

Behinderungsbegriff; Flexibilität der Planung beziehungsweise der Akteure (Sozialplanung); Beteiligung von Menschen mit Behinderungen (Sozialplanung); Organisationsform (Sozialplanung); Qualität der Ziele (Sozialplanung); Handlungsspielraum (Sozialplanung); Zielsetzung (Sozialplanung); Umsetzung der UN-Konvention (Sozialplanung); Verortung beim Sozialhilfeträger (Fallmanagement); Aufgabenbereiche (Fallmanagement); Betreuungsintensität (Fallmanagement); Vernetzung der Hilfen (Fallmanagement); Lebensbereichsübergreifende Förderung (Fallmanagement); Fokus der Hilfeplanung (Fallmanagement); Kommunikationsunterstützung Netzwerkkonferenz (Fallmanagement)

Bei der Bewertung dieser Faktoren muss berücksichtigt werden, dass die teilweise zeitlich gestaffelte Einführung von Instrumenten in den Stadt- und Landkreisen zu jeweils unterschiedlichen organisatorischen Umsetzungsgraden führt. Darüber hinaus wurden zu einzelnen Variablen bereits Maßnahmen durch den KVJS sowie andere Akteure eingeleitet. Daher ist es besonders wichtig, gemeinsam mit dem KVJS und externen Experten diejenigen Handlungsbereiche zu benennen, in denen noch Handlungsbedarf besteht.

6 Weitere Schritte

Ergebnis der in den vorangegangenen Abschnitten beschriebenen Schritte ist ein Set möglicher Einflussfaktoren und Wirkzusammenhänge des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt, wie es im Oktober 2012 vorlag. Im Folgenden werden die verbleibenden Schritte bis zum Ende des Projekts im November 2013 skizziert:

In einem ersten Schritt werden die identifizierten fördernden und hemmenden Faktoren zu übergeordneten Themenfeldern gebündelt und Wirkrichtungen zwischen diesen identifiziert. Diese **Wirkmechanismen** werden für drei Sphären beschrieben: Schule, WfbM und Unter-

nehmen. In einem Workshop mit dem KVJS sowie externen Experten wird diese Einschätzung abgeglichen mit der Sicht von Experten der Eingliederungshilfe (März 2013). Die Diskussion der Wirkmechanismen liefert Hinweise auf besonders wichtige Handlungsfelder. Die Handlungsfelder sollen in einem weiteren Schritt auch mit Kosten hinterlegt werden.

In einem zweiten Schritt wird der **regionale Bezug** des Projekts gestärkt: Während zu Beginn des Projektes regionalstatistische Analysen durchgeführt wurden, die auch der Auswahl der Untersuchungsregionen zu Grunde gelegt worden sind, so wurden die fördernden und hemmenden Faktoren bewusst regionen*unspezifisch* diskutiert, da diese auf Aspekte hinweisen können, die gegebenenfalls vergleichbar auch in den nicht im Projekt vertieft betrachteten verbleibenden 40 Stadt- und Landkreisen anzutreffen sind. Freilich bedarf es jedoch noch einer Konkretisierung der Problembereiche in den näher betrachteten vier Stadt- und Landkreisen. Im Rahmen von Netzwerkkonferenzen sollen Profile der vier Stadt- und Landkreise entstehen, die eine Charakterisierung regionaler Stärken und Schwächen hinsichtlich des Übergangs von Menschen mit Behinderungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt aus Sicht der Akteure vor Ort abbilden (Sommer 2013).

Die Empfehlungen des Forschungsteams fließen ein in eine KVJS-Tagung im November 2013. Abschließend wird ein praxisnahes Handbuch für die breite Fachöffentlichkeit erstellt.

Weitere Informationen:

Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg

Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart
www.kvjs.de

Bernhard Pflaum

Telefon: 0711 6375-311
Bernhard.Pflaum@kvjs.de

Institut für Technologie und Arbeit (ITA) e. V.

Technische Universität Kaiserslautern

Trippstadter Straße 110
D-67663 Kaiserslautern
www.ita-kl.de

Dr. Harald Weber

Telefon: 0631 20583-26
harald.weber@ita-kl.de